

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgericht und des
States der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1530
Stroßstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 41.

Mittwoch, 18. Februar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Vorgabesabends und bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8. mm breite, 4 mm hohe Grundschrift: je 6 Silben 25 Gold-Pfennige, die 8 mm breite Reflamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemühter Redakteur: wenn der Betrag vorläufig, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“ — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Wiedergabe oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Wilmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Aus der Ruhrdenkschrift.

vdg. Berlin. Ueber die Erstattung der Reparationskosten und Schäden an die einzelnen Wirtschaftsgruppen ist der Denkschrift der Reichsregierung folgendes zu entnehmen:

In eingehenden Besprechungen der Regierung mit dem Wirtschaftsausschuß für die besetzten Gebiete (sog. Secher-Kommission), die vom Oktober 1924 ab stattfanden, wurde vereinbart, daß nur die Reparationsleistungen aus Microm- und micromähnlichen Verträgen, die die Beschlagnahmen für Reparationszwecke, die im Sonderverfahren abgelaufenen Schäden und die Zollstrafen entschädigt werden sollen. Neben einigen anderen Schäden blieben auch die sogenannten Eisenbahnregelschäden, so weit sie sich auf verlorengegangene Güter bezogen, für einen Schadenertrag außer Betracht. Bis zu einem Schaden von fünftausend Mark sollte volle Entschädigung und von dem überschreitenden Betrage sollten fünfundsiebzig Prozent genährt werden. Die volle Entschädigung bis zu fünftausend Mark wurde vor allem mit Rücksicht auf die große Zahl der kleineren Gewerbe- und Handeltreibenden zugestanden, um den wirtschaftlichen Schaden zur Wiederaufrichtung ihrer Existenz zu verhelfen. Daneben sollte noch ein Sonderverfahren zur Entschädigung im Verwaltungswege stattfinden, wofür die benötigten Beträge insgesamt auf etwa 25 Millionen Mark veranschlagt wurden. In besonderen Verhandlungen mit dem Ruhrkohlenbergbau wurde unter wesentlicher Herabminderung der vom Bergbau aufgestellten Schadenschätzung eine endgültige Abfindung durch Vergleich vereinbart. Inbetracht kamen dabei mehr als zweihundert Einzelbetriebe, die durch die Ruhrkohle-A.-G. vertreten waren und für die Entschädigung in Betracht kamen. Gemäß dem Abkommen vom 17. Dezember fand der Ruhrkohle-A.-G. unter Berücksichtigung der bereits vorweg geleisteten Abschlagszahlung sowie der durch Steuerzahlung bzw. Anrechnung abgedeckten Beträge noch 186 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt worden, von welchem Betrage 76 Millionen Reichsmark in bar und 110 Millionen Reichsmark in Form der Übernahme einer Kreditverpflichtung des Bergbaues bei der Reichsbank auf das Reich vorausgab worden sind. Die Auszahlung an die einzelnen Entschädigungsberechtigten hat die Ruhrkohle-A.-G. übernommen. Nach der Schadenschätzung waren insgesamt an den Ruhrkohlenbergbau 558 Millionen Mark zu entschädigen, darunter allein an Kohlenlieferungen 209,2 Millionen Mark. (Die ursprünglichen Forderungen beliefen sich auf insgesamt 727,7 Millionen Mark, worunter für Kohlenlieferungen 289 Millionen.) Geleistet hat das Reich bisher insgesamt 370 Millionen M., so daß noch ein Rest von 188 Millionen Mark verbleibt.

Ferner haben Verhandlungen mit dem Rheinischen Braunkohlenrevier, den Zechen des Ruhrkohlenreviers, den ehemaligen Regie-Zechen des Braunkohlenreviers und der in der Interessengemeinschaft der Deutschen Teerfarbenfabriken vertretenen chemischen Industrie stattgefunden. In diesen Verhandlungen wurde für das Rheinische Braunkohlenrevier als Abfindung ein Betrag von 1.750.000 Mark errechnet, der sich folgendermaßen ergab: insgesamt zu entschädigen waren 10.604.000 Mark (die ursprüngliche Forderung lautete auf 11.994.000 Mark.)

Nach Abzug der bisherigen Abschlagszahlungen von 8.854.000 Mark verbleibt ein Rest von 1.750.000 Mark. Den Zechen des Ruhrkohlenreviers sind 9.798.500 Mark (Forderung 11.219.900 Mark) zugewilligt worden, wovon nach Abzug der Abschlagszahlungen noch 5.546.000 Mark zu zahlen sind. Den ehemaligen Braunkohlenrevierbetrieben wurde nach dem Gutachten der Bergbauverwaltungen eine Entschädigung von 4.216.000 Mark zugestanden gegenüber einer Forderung der Zechen von etwa 7 Millionen Mark. Unter Berücksichtigung einer bereits geleisteten Abschlagszahlung von zwei Millionen Mark wurde den Zechen, nach Einrechnung von Zinsen ein Betrag von 25 Millionen Mark zugestanden. Für die chemische Industrie wurde eine Entschädigung von insgesamt fünfzig Millionen Mark gegenüber einer Forderung von 70,6 Millionen Mark vereinbart. Davon sind nach Abzug der Abschlagszahlungen von 35 Millionen Mark noch fünfzehn Millionen Mark zu leisten. Mit der Rheinischen Braunkohlenrevier wurde eine Entschädigung von 12,5 Millionen Mark gegenüber einer Forderung von 24.116.000 Mark vereinbart.

Die Unterverteilung der Entschädigung auf die einzelnen geschädigten Reedereien usw. ist dem Verein zur Führung der Rheinisch-Westfälischen Interessen übertragen, gegen dessen Entscheidung ein Schiedsgericht angerufen werden kann, dessen Obmann vom Reichsfinanzminister bestimmt wird. Gemäß allen diesen Vereinbarungen befreit sich der Gesamtentschädigungsbetrag auf 706.402.500 Mark, worauf Abschlagszahlungen erfolgt sind in bar bzw. gegen Steueranrechnung 282.064.000 Mark und in Schabanweisungen 187.252.500 Mark so daß Restsumme von 229.086.000 Mark verbleibt. E-Schabanweisungen haben den Vordat für das Rechnungsjahr 1924 lediglich zu einem Viertel gehalten, während zwei weitere Viertel erst im Rechnungsjahr 1925 und das letzte Viertel im Rechnungsjahr 1926 fällig werden. Die tatsächlichen Ausgaben für das Rechnungsjahr 1924 einschließlich der Steueranrechnung belaufen sich auf 180.909.126 Reichsmark.

Wird der Kontrollbericht kommen?

London. (Funkdruck.) Dem diplomatischen Berichterstatter des Daily Telegraph zufolge herrscht in englischen Kreisen allgemeine Auffassung vor, daß der Bericht der internationalen Kontrollkommission entweder im vollen Wortlaut oder überzogen nicht veröffentlicht werden sollte. Rückschlüsse würden unklar und irreführend sein.

Das neue preussische Kabinett.

Ministerpräsident: Marx (Str.),
Innenminister: Zevering (Soa.) (Nachminister),
Finanzminister: Dr. Pöhlke-Rischhoff (Dem.),
Handelsminister: Dr. Schreiber (Dem.),
Landwirtschaftsminister: Dr. Steiner (Str.),
Kultusminister: Dr. Becker (Nachminister),
Justizminister: Am Jahnke (Str.),
Wohlfahrtsminister: Dittich (Str.).

Der bisherige Ministerpräsident Brauns hat sich heute vormittag von den Beamten des Staatsministeriums verabschiedet und dem neuen Ministerpräsidenten Marx vorgestellt, der damit formell die Regierungsgeschäfte übernahm. Heute nachmittag wird Ministerpräsident Marx im preussischen Landtage die Regierungserklärung abgeben.

Rumänischer Zollkrieg gegen Deutschland.

Verlin. Der Bukarester „Adevurul“ veröffentlicht in seiner gestrigen Nummer eine Verordnung des rumänischen Finanzministers, in der alle Behörden aufgefordert werden, ihre geschäftlichen Beziehungen und Verhandlungen mit deutschen Staatsbürgern oder Vertretern des deutschen Staates abzubrechen. Die Schiffe, die rumänisches Öl nach Deutschland bringen sollten, sind zurückberufen worden.

In Bukarester politischen Kreisen verlautet, daß die rumänische Regierung den deutschen Gesandten verständigt habe, daß sie, sobald die deutsche Antwortnote nicht zufriedenstellend sei, das Vermögen der Deutschen in Rumänien konfiszieren werde und daß der Anteil deutscher Staatsbürger an rumänischen Unternehmungen zugunsten des rumänischen Staates beschlagnahmt werden würde.

Die „Zeit“ bemerkt zum deutsch-rumänischen Konflikt: Aus den Darlegungen, die Reichsaussenminister Dr. Stresemann vor dem Answärtigen Ausschuh des Reichstages gegeben hat, geht klar hervor, daß der rumänischen Regierung jede Grundlage für ihre vom Ministerpräsidenten Bratianu angekündigten Repressalien fehlt. Diese Repressalien, die sich gegen deutsches Eigentum in Rumänien richten, sind, da sie im Friedenszustand vorgenommen werden sollen, völkerrechtlich nicht zu vertreten und müßten ernste Konsequenzen nach sich ziehen.

Verlin. Wie aus Budapest gemeldet wird, ist der Beschluß des rumänischen Kabinetts, Deutschland den Zollkrieg zu erklären und die deutschen Waren mit dem höchsten Zoll zu belegen, vom König aufgegeben worden. Das rumänische Innenministerium ist angewiesen, eine genaue Liste der in Rumänien befindlichen deutschen Unternehmungen und der dort ansässigen Vertretungen deutscher Kaufleute anzufertigen, wobei besonders angeführt werden soll, ob der betreffende Vertreter selbst rumänischer oder deutscher Staatsbürger ist.

Keine Deutschenandweisungen aus Rumänien.

Verlin. Wie die „All.“ von zuständiger Seite erfährt, hat die Reichsregierung festgestellt, daß die aufsehenerregenden Entschädigungen eines Berliner Blattes über angebliche Deutschenandweisungen aus Rumänien nicht zutreffen.

Der auswärtige Ausschuh zur Streitfrage.

Verlin. (Funkdruck.) Im Auswärtigen Ausschuh des Reichstages sprach Reichsaussenminister Dr. Stresemann über die deutsch-rumänische Streitfrage. Es kam in der Sitzung schon zum Ausdruck, daß der Ausschuh einmütig den Standpunkt der Reichsregierung billigt.

Eine neue Goldsendung für Deutschland.

Newyork. Das Bankhaus Morgan sandte wieder 2.500.000 Dollar an die Reichsbank.

Internationaler Kongreß der Waffenschmiede in Paris.

Paris. Gestern ist in der Pariser Handelskammer ein internationaler Kongreß der Waffenschmiede eröffnet worden. Auf der Tagesordnung steht die Besprechung des Völkervertrages über die Einschränkung der Waffenerzeugung und Überwachung der Waffentransporte. Der Präsident der Pariser Handelskammer wies in einer Eröffnungsbrede darauf hin, daß die Entschädigungen, zu denen der Kongreß gelangen würde, Vorbehalte hinsichtlich der Vereinigten Staaten und Deutschland äußern müßten, da beide außerhalb des Völkervertrages stehenden Länder sich sonst in einem Zustande der Ueberlegenheit gegenüber den Waffenschmiedern anderer Staaten befinden würden.

Die Trauerfeier in Dortmund.

Dortmund. In Ergänzung unseres gestrigen Berichtes sei noch folgendes mitgeteilt: Schon in den frühesten Morgenstunden trafen zur Teilnahme an der Trauerfeierlichkeit für die verunglückten 136 Bergleute auf der Zeche „Minister Stein“ aus den umliegenden Städten und Ortschaften zahlreiche Vereine, Abordnungen, Vertreter von Behörden ein und besetzten im Verein mit dem Publikum die etwa 7 Kilometer lange Straße vom Hauptbahnhof zum Hauptfriedhof. Sämtliche öffentlichen und die meisten Privatgebäude der Stadt setzten Trauerfahnen. Alle Lampen und Laternen brannten und waren mit schwarzem Flor verhängt. Von 9 Uhr ab bewegte sich der eigentliche Trauerzug mit vielen Hunderten von Fahnen und Abzeichen zum Friedhof, wo die letzten Deputationen um 11 Uhr eintrafen und sich in dem circa 15.000 Menschen fassenden Ehrenhof vor der Ehrenhalle aufstellten. Vor der Halle selbst bemerkte man u. a. Minister Ziering, Staatssekretär Geib, Oberpräsident Gronowski-Münster, Landeshaupmann Diekmann, Regierungspräsident Bötzig und Reichskommissar Reichlich, Vertreter der Industrie und sämtlicher Städte. In beiden Seiten der Halle lagen Hunderte prachtvoller Kränze, darunter auch ein Kranz der Reichsregierung. Das Arrangement der Kränze wurde von den Fahnen- und Bannerträgern wirkungsvoll kontrolliert. Die Hauptzahl der Bergleute, nämlich 95 Anwesen, wurden in zwei Reihen auf dem dem heiligen Korbfriedhof beifolgt. Zwischen den beiden Reihengräbern war eine Kanzel errichtet worden. Nach dem Vortrag des Abg. Dr. „Sonate“ von Beethoven durch das Dortmunder Stadt-Orchester bestieg Bischof Klein aus Faderborn als erster Redner die schwarz ausgelegene Kanzel. Nach ihm folgte als zweiter Redner Generalmajor von der Goltz-Berning und ein Vertreter der freireligiösen Gemeinde. Der Ausschuhsvorsitzende der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft, Salomonson, sprach im Namen seiner Gesellschaft. Im Namen der preussischen Staatsregierung sprach Handelsminister Ziering. Er betonte, daß die Staatsregierung alles tun werde, um in Zukunft die Möglichkeit solcher furchtbaren Katastrophen auf das Mindestmaß einzuschränken.

Es folgten die bereits gemeldeten Ansprachen des Staatssekretärs Geib als Vertreter des Reichspräsidenten und der Reichsregierung und des Oberbürgermeisters von Dortmund Eichhoff als Vertreter der Stadt Dortmund. Nachdem der Landrat des Landkreises Dortmund, Klauer, den Hinterbliebenen das Beileid des Landkreises ausgesprochen hatte, ergriß als letzter Redner der Reichstagsabgeordnete Dufemann im Namen der Arbeitsgemeinschaft der vier Bergarbeiterverbände Deutschlands das Wort zu einer längeren Ansprache, in der er das Unglück auf der Zeche eingehend schilderte und u. a. ausführte: Die Toten flagen an und mahnen die Regierung, den Reichstag und den Landtag, die Bergarbeiter und Unternehmer an ihre Pflicht, damit mehr als bisher auf die Wünsche und berechtigten Ansprüche der Bergarbeiter Rücksicht genommen und alles nur Denkbare getan wird, um Unglücksfälle zu verhindern. Die Bergleute, die jetzt zu Tausenden herbeigeeilt seien, um ihre Toten zu ehren, müßten in dieser schweren und ersten Stunde geloben, ihre Pflicht zu tun und mit Hand und Herz zu legen, damit solche Katastrophen verhütet werden.“ Den trauernden Eltern, den vielen Kindern, Geschwistern und sonstigen Angehörigen brüde er in tiefem Mitgefühl die Hand und spreche ihnen das warmste Beileid aus. Die Zeit, die so viele Wunden heile, möge auch diese heilen, die durch das schreckliche Unglück geschlagen sind.

Den Schluß der Trauerfeier bildete ein Gesangsvortrag des Männergesangsvereins und des Gesangsverein „Cécilie“ sowie der vom Philharmonischen Orchester vorgetragene Trauermarsch von Chopin.

Abdank wurden die Särge auf mit Pferde und Lannengrün geschmückten Wagen zu den Gräbern gefahren und unter den Klängen des Liedes „Ich hatt' einen Kameraden“ ins Grab gesenkt.

Handwerks- und Mittelstandsfragen.

vdg. Berlin. Der Volkswirtschaftliche Ausschuh des Reichstages setzte am Dienstag die Beratung der Handwerks- und Mittelstandsfragen fort. Zur Kreditfrage wies Reichsbankdirektor Friedrich darauf hin, daß die Reichsbank jetzt nur noch gute Handelswechsel annehmen dürfe, die drei Unterschriften trügen. Ein Vertreter des Direktoriums der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse betonte, daß diese Kasse dem Mittelstande nicht besondere Unterstühtungen geben könnte. Auch das Reichswirtschaftsministerium ließ erklären, daß es über keine Geldmittel für die betr. Zweckverfüge. Eine Abstimmung über die zahlreichen Anträge fand noch nicht statt.

Die Wirkung der neuen Kriegsgase.

Paris. Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus Washington erklärte General Frisch, der Direktor der Chemischen Abteilung des Kriegsministeriums, gestern vor dem Ausschuh für den Abwehrdienst, daß die Wirkungskraft der neuen Gase seit dem Kriege um das Fünffache zugenommen habe. Unter dem Widerspruch der Jungenschaftsverbände fügte er hinzu, daß die neuen Gase in einem künftigen Krieg Flugzeuge als Verteidigungsmittel unwirksam machen würden.